

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Kuchelstein Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 22841
Für die Kuchelsteins: Nr. 20011
Schlüsselung u. Hauptdruckschleife:
Dresden - A. 1, Wartenstr. 28/34

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 M.
Postbezugsgebühr für Monat März 3,40 M., einm. 98 Pf. Bezugsgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Einzelnnummer 10 Pf. außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Inserate werden nach
Wortmaß berechnet; die einseitige 80 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklametexte
200 Pf., außerhalb 250 Pf. Effectengebühr 20 Pf. Rückständige Zahlungen gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siebich & Reichardt,
Dresden, Weichsel-Str. 10/11 Dresden
Nachdruck nur mit dem. Quellenangabe
Dresden, Weichsel-Str. 10/11. Unrechtmäßig
Erschließung werden nicht aufbewahrt

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspiel pianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Die unentbehrliche **Damen-Tasche** Hervorragend schöne Muster in unerreichter Auswahl. Ausserste Preise.
für jeden Geschmack
Adolf Näter Pragerstr. 26
Erstes Lederwaren-Spezialgeschäft

Konditorei Schmorl
Wildruffer Straße 20
Amalienstraße 8/10
Neuheit: Schmorellen
Dresdens größter Konditoreibetrieb!

Auswege

Das Kabinett Müller, die Regierung der großen, der sehr großen Koalition, ist im Verlöschen. Ein Lämpchen, dem das Öl ausgeht. Die unbekannteste Kunst des Reichsfinanzlers Müller, mit den Parteien zu verhandeln, Entscheidendes zu vertragen, Zerbrochenes zu flicken, vermag nicht mehr. Woran liegt das? Vor allem daran, daß das außenpolitische Ziel, in dem sich die Große Koalition einig war, die Regelung der Tributfrage, erreicht ist. Erreicht natürlich im Sinne der absoluten Unzulänglichkeit. Jetzt kommen die schwierigen inneren Aufgaben. Und über sie besteht keine, aber auch gar keine Einigung. Daher sehr große Koalition. Denn die Flügelparteien haben sich so weit auseinandermondoriert, daß das Ende dieses Kabinetts unmittelbar bevorsteht. Vorausgesetzt, daß nicht das Wunderbare geschieht, auf das die Parteien noch hoffen. Ueberhaupt die Parteien der Großen Koalition! Sie sind die eigentlichen Schuldigen an der unheilbaren Krankheit des Kabinetts Müller. Woran leidet die Regierung? An nichts anderem, als daß ihre Minister den Willen zur Führung, zur starken, einheitlichen und entschlossenen Führung nicht aufgebracht haben, weil die Parteien es nicht wollten. Entgegen dem Sinne der Verfassung, wonach der Reichspräsident den Reichsfinanzler und dieser die Reichsminister ernannt und das so gebildete Kabinett nach seinem eigenen Willen und bestem Gewissen ohne Rücksicht auf Fraktionsansprüche regiert und es dem Reichstag überläßt, ob er es magt, eine in voller Arbeit befindliche Regierung zu kürzen, geht bei uns alles gerade den umgekehrten Gang. Schematisch bestimmt die größte Fraktion den Reichsfinanzler, schematisch wird unter die Fraktionen der Regierungsparteien die Zahl der Minister verteilt, werden alle Entscheidungen nicht im Ministerrat, sondern in Verhandlungen und Kompromissen der Fraktionsführer gefällt. Die Minister sollen nur die Rolle von Marionetten spielen, die man, wenn es nötig ist, auch wieder „zurückzieht“, wie es so schön heißt. Die Parteien vergessen eines: das Volk will nicht eine Parteiherrschaft, und es will Demokratie nicht in diesem Sinne ausgelegt wissen. Das Volk will eine starke, führungsfähige Regierung mit einem klaren, schöpferischen Gesamtwillen. Sie braucht nicht mit dem Meinungsakonglomerat der Parlamentsmehrheit identisch zu sein. Ganz im Gegenteil! Die Regierung soll zu jeder Stunde bereit sein, mit diesem Parlament zu ringen und das Parlament zu seinem Willen zu zwingen oder zu lassen. Das Kabinett der Großen Koalition steht an der Wunde der Parteiherrschaft und der Fraktionswillkür dahin. Der Reichsfinanzler, im Sinne der sozialistischen Parteidoctrin stehend, hat nicht die Energie, ein Programm der Finanzreform und der Erwerbslosenversicherungsfinanzierung durchzuführen, das den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht. So geht die Finanzreform immer weiter ab. Am 1. April soll der neue Etat fertig sein, sollen die neuen Einnahmequellen stehen. Die Etatberatungen, die im Vorfrühling mit größter Sorgfalt bereits im Oktober begannen, sind überhaupt noch nicht in Sicht. Also wieder ein Notetat auf der Basis des vorjährigen Haushaltsplans. Wie soll unter diesen Umständen Ordnung geschaffen werden? Wann soll die Zeit für eingehende Beratungen über eine Kürzung der Ausgaben erreicht werden? Ist man sich klar darüber, daß ohne Lösung dieses Problems eine Finanzreform überhaupt nicht möglich ist? Wird die Sozialdemokratie in die gesetzliche Festlegung der für 1931 versprochenen Steuererhöhung einwilligen? Das sind die Schicksalsfragen der Großen Koalition! Selbst ein führender Demokrat wie Professor Dellpaß glaubt nicht mehr an ihre Lösung. Er fordert daher, daß sich die Große Koalition nach der jetzt vollkommener Annahme des Tributplanes auflösen soll, weil sie eine Finanzreform an Haupt und Gliedern nicht durchführen kann. Diesen Ausweg sieht auch der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei als den einzig möglichen an. Er glaubt, nach den Darlegungen seines Sprachrohrs, der „D. A. Z.“, nicht mehr an Steuererhöhungen, „weil es unmöglich ist, mit der Sozialdemokratie diejenigen gesetzgeberischen Reformen durchzuführen, die nötig sind, um Stabilität und Sparsamkeit in die öffentliche Wirtschaft zu bringen“. Besonders unangenehm hat in diesen Kreisen eine Veröffentlichung des sozialdemokratischen Zentralorgans, des „Vorwärts“, betrieht, in dem dargelegt wurde, daß sich „die Farben Schwarz, Rot-Gold und die rote Parteihaare der Sozialdemokratie viel besser miteinander vertragen“, als die Volkspartei glaube. In ihm wird der Volkspartei mit geradezu aufreißender Offenheit auseinandergesetzt, daß mit den Mitteln der demokratischen Republik, also praktisch mit der Großen Koalition, „das Eindringen gemeinwirtschaftlicher Elemente und Grundstoffe in unsere vorwiegend noch kapitalistisch bederrschte Wirtschaft“ sich sehr wohl ermöglichen lasse. Ja, so triumphiert der „Vorwärts“, man könne sich vorstellen, daß auf diesem Wege „der letzte Rest von Kapitalismus (des freien Wirtschaft!) verschwindet, ohne daß an der Verfassung von Weimar auch nur ein einziger Buchstabe geändert wird“. Damit wurde der Sinn des sozialistischen Widerwillens gegen jede Steuerreform, gegen jede Möglichkeit privater Kapitalbildung allzu

Die Krise vertagt

Das Reichskabinett durch die Parteiführerbesprechung gerettet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. März. Seit Mittwochnachmittag 4 Uhr verhandeln ununterbrochen die Fraktionsführer der Parteien mit dem Ziele, die drohende Gefahr der Kabinettskrise doch noch in letzter Stunde abzuwenden.

Im Reichstag sieht man wie bei jeder kritischen Zuspitzung eine große Anzahl von sonst nicht unmittelbar im aktiven parlamentarischen Leben beteiligten Persönlichkeiten, die durch die Spannung angelockt sind, um gegebenenfalls bei der Geburtsstunde einer oder mehrerer neuer Kombinationen anwesend zu sein bzw. nicht ausgeschlossen zu werden.

Gegen 7 Uhr waren die Besprechungen zu Ende. Man beschloß, die Beratungen abzubrechen und am Donnerstagvormittag zu vertagen. Der Wille zur Flucht aus der Krise hat sich damit wieder einmal härter erwiesen als die Rücksicht auf die kaum überbrückbaren sachlichen Divergenzen.

Die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die heute abend bis nach 10 Uhr bestimmen sahen, um die Möglichkeit einer Einigung der Regierungsparteien vor allem für den hart umkämpften Fragenkomplex der Arbeitslosenversicherung zu suchen, haben keinen Ausweg aus dem Gewirr der gegeneinanderstehenden Meinungen weisen können.

Am Donnerstagvormittag findet eine Besprechung des Reichsfinanzlers mit den Parteiführern statt.

Ob es diesem politischen Gremium nun, nachdem die Beratungen der sozialpolitischen Sachverständigen ohne Erfolg blieben, gelingen wird, doch noch zu einer Lösung zu kommen, erscheint sehr zweifelhaft. Man rechnet aber in den parlamentarischen Kreisen allgemein damit, daß nun, nachdem sich ergeben hat, daß die Gegenpartei in den Auffassungen der Parteien festeren Abwägungen erfahren haben, im Laufe des Donnerstag nach der einen oder anderen Richtung hin Klarheit geschaffen werden wird.

Auf die in diesem Zusammenhang in den Wandelhallen des Reichstages zirkulierenden zahlreichen Kombinationen einzugehen, hat wenig Zweck, denn praktisch dürften doch nur zwei Möglichkeiten übrig bleiben. Die eine ist die, daß das Kabinett erklärt, an seinen Vorlagen festzuhalten und darauf dringt, daß sie vom Parlament verabschiedet werden, und sie, falls dies eben nicht möglich ist, mit Hilfe der vom Reichspräsidenten bereits ausgelassenen Vollmacht auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft setzt. Die zweite Möglichkeit wäre die, daß das Kabinett, wenn eben absolut keine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen ist, seinen Gesamtrücktritt vollzieht. Wie sich dann die Dinge weiter entwickeln würden, steht zur Zeit noch völlig dahin.

Vielfach ist bereits heute der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Dr. Brüning, als der künftige Reichsfinanzler bezeichnet worden für den Fall, daß die Regierung Müller-Frankens sich genötigt sehen sollte, jetzt zurückzutreten.

deutlich enthält. Kein Wunder, daß damit in rechtsvolksparteilichen Kreisen plötzlich die Befürchtung ausgesprochen wurde, die Sozialdemokratie wolle in der Großen Koalition dem Bürgerum ein Kulakenschicksal bereiten, daß ihm Hören und Sehen verberge. Kein Wunder, wenn in diesen Kreisen der Gedanke vertrieben wird, die volksparteilichen Minister gehörten seit der Annahme des Tributplanes nicht mehr in eine Koalition, in der man ihnen nur zumute, selbst am Grabe der freien Wirtschaft mitzuschaukeln.

Man sieht, wie sich das Ungewitter über dem Kabinett zusammenschleiert, wie völlig aussichtslos die Chancen zur Rettung der Großen Koalition geworden sind. Völlig sich das Kabinett auf, so bliebe die Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Weimarer Koalition, zugleich der Bayerischen Volkspartei, die an sich im Reichstag eine freilich sehr bescheidene Mehrheit von neun Stimmen hätte. Könnte diese Regierung von Bestand sein? Wir glauben es nicht; selbst wenn es gelänge, in der Frage der Besteuerung, die zwischen der Weimarer Parteien und der Bayerischen Volkspartei steht, eine Einigung zu erzielen. Reibereien zwischen Zentrum und Sozialdemokraten würden sich bei der Verteilung der Steuerlasten in kurzer Frist zwangsläufig ergeben. Auch die dem Handlungsnahelstehenden Demokraten können der kalten Sozialisierungspolitik der Sozialdemokraten nicht untätig zusehen.

So bliebe eine weitere Möglichkeit in der Bildung einer bürgerlichen Minderheitsregierung, die, wenn sie sich von den Demokraten bis zu den Volksparteilichen erstrecken würde, auf einer Basis von 200 Stimmen ruhend, sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall erkämpfen müßte. Das dürfte ihr möglich sein, wenn sie darauf verzichtet, nach dem Muster des Kabinetts Müller die Parteien unumschränkt schalten zu lassen und wenn sie den

Bon Zentrumseite wird jedoch entschieden bekräftigt, daß Dr. Brüning den Ehrgeiz hätte, jetzt Nachfolger Müller-Frankens zu werden. Im ganzen genommen, sieht die politisch-parlamentarische Lage nun recht trostlos aus.

Den heutigen Verhandlungen der Koalitionsparteien lag folgendes von der Regierung vorgelegte Programm zugrunde:

Gesetz über Arbeitslosenversicherung.

Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einheitlich für das Reichgebiet festgesetzt ist, gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgelegt wird.

Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1930

beträgt 150 Millionen Mark. Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Vorschriften des Gesetzes abweichen, darf jedoch eine allgemeine Verabreichung oder Verkürzung der Leistungen nicht vornehmen. Inwieweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, ist der Vorstand ermächtigt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für das Rechnungsjahr 1930 bis auf 3% Prozent zu erhöhen.

Zu einem solchen Beschluß des Vorstandes ist die Mehrheit der Stimmen der Vertreter, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, die dem Vorstand angeschlossen. Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wirken bei der Beschlußfassung nicht mit.

Die hinsichtlich der Steuererhöhungen

vom Reichskabinett für das Einigungsprogramm vorgelegten Richtlinien betonen, daß das Prinzip der Steuererhöhung durch eine gesetzliche Vorschrift folgenden Inhaltes festzulegen ist: „Der Reichsminister der Finanzen wird beauftragt, gemeinsam mit dem Reichsfinanzkommissionar ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuererhöhung schafft und namentlich auch eine baldige Senkung der fortwährenden Ausgaben gewährleistet. Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen Reichsmark im Haushalt für 1931 einzusparen.“

Die durch Verminderung der Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt eintretenden Ersparnisse sind für Senkung der direkten Steuern zu verwenden.“

Die Richtlinien sehen ferner die Annahme einer Entschleunigung vor, wonach die Einkommensteuer mit Wirkung vom 1. April 1931 ab im Sinne des Finanzprogramms der Regierung gesenkt werden soll, weiter den Einbau eines bewertenden Faktors, durch den unter Berücksichtigung sozialer Notwendigkeiten alle Gemeindebürger zu Lasten der Gemeinden herangezogen werden mit Festlegung einer Relation zu der Höhe der Realsteuern.

heroischen Entschluß faßt, Führerwillen zu zeigen und mit einem klaren und gesunden Finanzprogramm vor den Reichstag zu treten. Das erfordert zweifellos Selbstbescheidung der Parteien. Aber andererseits ist diese Lösung nicht aussichtslos. Denn das Gerede von der absoluten Opposition der Deutschnationalen ist natürlich nur ein Kinderstück, um die Große Koalition vor dem Auseinanderfallen zu bewahren. Wenn es gilt, wirtschaftlichen Maßnahmen, die notwendig sind, zur Annahme zu verheissen, werden sich die Deutschnationalen, unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellung, nicht verlagen. Das haben sie gestern bewiesen, als beim Wats monopoli die Deutsche Volkspartei und einige Demokraten gegen die Regierung stimmten. Die Deutschnationalen haben ihre eigenen schwereren Bedenken zurückgestellt und im Interesse der Landwirtschaft dieser an sich völlig unzureichenden Maßnahme der Regierung durch Stimmhaltung zur Annahme verholten. Dieser Vorgang kann sich jederzeit wiederholen, wenn es sich darum handelt, schwere Gefahren abzuwenden. Man darf das nicht vergessen!

Sollten alle Stricke reißen, sollten die Parteien des Reichstags aus eigener Kraft nicht zu einer Lösung des Finanzproblems fähig sein, dann würde der Fall eintreten, den Hindenburg bereits angeführt hat, mit den außerordentlichen Maßnahmen des Artikels 48 die Sanierung unseres Staats zu erstreben. Ob zu diesem Zweck eine Minderheitsregierung oder ein Beamtenkabinett ermächtigt werden soll, sei dahingestellt. Das hängt davon ab, wie weit die Parteien ihre Mission verkennen. Reichstagsauflösung als letzter Lösungsversuch aber wäre im jetzigen Augenblick, nachdem die Beratung des Etats wirklich nicht mehr verzögert werden kann und nachdem die Lage denkbar ungeklärt und chaotisch ist, zweifellos der bedenklichste Ausweg.